

Horst Albach

Mergers und Start-Ups. Über eine gescheiterte Fusion

A. Einleitung

Luigi Vittorio Graf Ferraris, der ehemalige Botschafter Italiens in der Bundesrepublik Deutschland und der väterliche Freund der Akademie der Wissenschaften zu Berlin, hat ein Buch für seine deutschen Freunde geschrieben. Darin heißt es: „Wenn wir vor einer Tragödie stehen, müssen wir uns ihr ernsthaft und mit großer Verantwortung stellen. Aber wenn es gar keine Tragödie, sondern eigentlich nur eine Komödie gibt, in der jeder seine Rolle zu spielen hat, muß sie dann notwendigerweise mit Hysterie angegangen werden?“¹ Natürlich muß ich es jedem von Ihnen überlassen“, so fuhr Horst Albach, Präsident der Akademie der Wissenschaften zu Berlin (im Folgenden: AWB), bei der Jahresversammlung der Akademie am 16. Juni 1989 fort², zu beurteilen, ob das Schicksal der Akademie in Berlin eine Tragödie oder doch letztlich nur eine Komödie des Lebens ist“.

Jürgen Kocka sagt in seinem Bericht über die Berliner Akademien lakonisch: „Die AWB überlebte die besondere historische Konstellation ihrer Entstehung ebenso wenig wie die AdW (Akademie der Wissenschaften der DDR) die ihrige“³. Wer wie Jürgen Kocka zwar große Hochachtung vor den Leistungen der Akademie in den wenigen Jahren ihres Bestehens ausdrückt, sie jedoch als eine „Eintagsfliege“ ansieht, der mag von einer Komödie spre-

1 Graf Ferraris, Luigi Vittorio: Wenn schon, denn schon – Aber ohne Hysterie. An meine deutschen Freunde. München 1988, S. 50

2 Albach, Horst: Hätte Akademos gehnt... in: Akademie der Wissenschaften zu Berlin (Hrsg.): Jahrbuch 1988, Berlin 1989, S. 3–24

3 Kocka, Jürgen; Nötzoldt, Peter; Walther, Peter Th.: Die Berliner Akademien 1945–1990, in: Kocka, Jürgen et al. (Hrsg.): Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Band 9, Berlin (Akademie-Verlag), 2002, S. 365–457, hier S. 451. Jürgen Kocka zitiert Arbeiten der Präsidenten der beiden Akademien, Horst Albach und Horst Klinkmann, nicht.

chen. Wer sie wie die AWB selbst als einen „entschiedenen Neuansatz“⁴ versteht, der auch als Akademie der Wissenschaften in den Dachverband der Akademien aufgenommen werden wollte, der wird die Schließung der Akademie der Wissenschaften zu Berlin als eine Tragödie ansehen, zumal die Schließung vermeidbar war. Wer wie Horst Klinkmann im Grunde seines Herzens die Akademie der Wissenschaften der DDR trotz mancher anderslautender Lippenbekenntnisse⁵ als eine Tragödie ansah und die Schließung der Gelehrtensocietät verhindern wollte, der wird auch die Schließung der AWB als eine Tragödie ansehen⁶.

B. Die Fusion

I. Die Vorgeschichte

Am 20. Dezember 1990 schrieb Klaus Pinkau, Mitglied des Vorstands der AWB, an den Präsidenten der Akademie folgenden Brief: „Sie werden sich erinnern, daß auf der letzten Sitzung des Rates über ein 20-Männer-Gremium⁷ berichtet wurde, welches Herr Klinkmann eingesetzt hat, um Sie bezüglich einer neuen Satzung der „Leibniz-Akademie der Wissenschaften zu Berlin“ zu beraten. Nach meiner Erinnerung waren Herr Spur und Herr Hirzebruch aus unserer Akademie Mitglieder dieses Gremiums. Ich habe jetzt von Herrn Klinkmann den dort erarbeiteten Vorschlag für eine Satzung erhalten und lege

4 Kocka, Jürgen: a.a.O., S. 445. Entgegen der Behauptung Kockas, die „AWB“ habe, „sich der Inkompatibilität der Strukturen bewusst“, „erst gar keinen Antrag auf Aufnahme“ gestellt, muß festgestellt werden, daß mit den anderen Akademien über den Zeitpunkt des Antrages gesprochen wurde. Ich habe dabei vorgeschlagen, daß der Antrag erst nach Vorliegen erster Arbeitsberichte gestellt werden sollte, damit der Neuansatz mit seiner Kombination von Projekten und Langzeitvorhaben sinnvoll beurteilt werden konnte. Die „Inkompatibilität der Strukturen“ war bei diesen Gesprächen kein Problem. Es ging vielmehr bei einigen der Akademien fast ausschließlich darum, daß der Präsident hauptamtlich tätig war und die Mitglieder, die in den Arbeitsgruppen an Projekten arbeiteten, ein Honorar erhielten.

5 Vgl. NN: Heiße Kartoffel, in: Der Spiegel 45. Jahrgang, Nr.2 (7. Januar 1991), S. 34 ; ferner: NN: „Im Mittelmaß Weltpitze“, in: Der Spiegel 1990, Heft 30, 23. Juli 1990, S. 136, hier S. 137.

6 Nur wer wie Professor Uwe Wesel beide Akademien als politisch gleich belastet ansieht, mag die Auflösung der beiden Akademien als einen Glücksfall ansehen. Wesel nannte die Mitglieder der Akademie der Wissenschaften zu Berlin in einem Atemzug mit den Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften der DDR: „Beide (Akademien) haben in der Vergangenheit Fehler gemacht. Im wesentlichen waren sie politisch zusammengesetzt“. Er forderte „eine strikte Gleichbehandlung von Wissenschaftlern aus Ost und West“. Vgl. „Alte Pfründe zertrümmern“, in: Berliner Stimme vom 9.2.1991

7 Klinkmann berichtete selbst von einem Kreis von 24 Mitgliedern. Vgl. Schlicht, Uwe: Selbstreform oder Neugründung, in: Der Tagesspiegel vom 4.10.1990

ihn zu Ihrer Information bei. Ich habe Herrn Klinkmann zu diesem Satzungsentwurf gesagt, daß ich ihn sowohl aus satzungstechnischen als auch aus inhaltlichen Gründen nicht für einen guten Vorschlag halte. Ebenso habe ich von Herrn Klinkmann Kopien der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses über die Gelehrtensocietät erhalten und lege sie zu Ihrer Information bei“. Der Satzungsantrag stammt vom 29. November 1990. Darin heißt es in der Präambel: „Die Leibniz-Akademie der Wissenschaften in Berlin hat sich im 290. Jahr ihres Bestehens die nachstehende Satzung gegeben“. In Paragraph 2 Abs. 3 heißt es unmißverständlich: „Die Akademie ist Rechtsnachfolger der Brandenburgischen Societät der Wissenschaften, der Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und der aus ihr hervorgegangenen Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin sowie der Akademie der Wissenschaften der DDR“.

Mein erster Brief an den am 17. Mai 1990 vom Konsilium gewählten neuen Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der DDR stammt vom 28. Januar 1991, sein Antwortschreiben vom 14.2. 1991. Er betraf Rechtsfragen, die sich aus dem Satzungsentwurf ergaben.

Bereits am 24. Mai 1990 hatte die Berliner Morgenpost berichtet, daß Horst Albach mit Horst Klinkmann Gespräche über eine Fusion von Gelehrten-Akademie, die nach Abtrennung der Institute der Akademie der Wissenschaften der DDR gegründet worden war, und Akademie der Wissenschaften zu Berlin geführt habe: „Die Akademien der Wissenschaften in West-Berlin und die DDR-Akademie in Ost-Berlin streben eine Fusion an. ‚Es wird in Zukunft eine Akademie in Berlin geben‘, sagte der West-Berliner Akademiepräsident Horst Albach gestern bei der Jahresversammlung seiner Institution“. In einer Aktennotiz vom 27.5. 1990 betr. „Verhandlungen mit der Akademie der Wissenschaften der DDR“ hatte Albach den Kurs der Gespräche fixiert: Darin heißt es:

1. Das Arbeitsgruppenprinzip ist unverzichtbar
2. Für die Aufnahme von 30 Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften der DDR in den Rat der Akademie und der Aufnahme der übrigen in die Versammlung spricht, daß so die besten Wissenschaftler der Akademie der DDR, soweit sie zu interdisziplinärer Arbeit fähig und darin ausgewiesen sind, in den Rat aufgenommen werden könnten. Eine Auswahl der fachlich besten Akademiemitglieder der Akademie der Wissenschaften der DDR wäre auf diesem Wege elegant möglich.
3. Einem solchen Vorgehen steht entgegen, daß damit eine große Versammlung geschaffen wird, die praktisch ausschließlich aus ehemaligen Mit-

gliedern der ADW besteht. Da die Versammlung nach dem hessischen Modell den Präsidenten wählt, müsste ein Berliner Errichtungsgesetz hier wohl Vorsorge treffen. Möglicherweise müsste der Rat ein Vorschlagsrecht erhalten.

4. Die Besetzung von 30 Stellen im Rat mit Mitgliedern der ADW würde die Aufnahme von herausragenden Wissenschaftlern aus dem Gebiet der Bundesrepublik verhindern. Der Rat der AWB hat aber bereits 8 neue Mitglieder gewählt. (Man hätte wohl sofort auf 80 Mitglieder des Rates gehen müssen, 40 aus dem Westen und 40 aus dem Osten, d.Vf.)
5. Es ist notwendig, jetzt schon visionär zu denken und auf der Basis unserer Strukturprinzipien Konzepte für die zukünftige Akademie in Berlin zu entwickeln.
6. Voraussetzung eines jeden Gesprächs mit der ADW ist, daß die Trennung zwischen Gelehrtenengesellschaft und Forschungsgesellschaft gewährleistet ist.
7. Wünschenswert ist, daß vor einer Zusammenführung der beiden Akademien innerhalb der ADW geklärt worden ist, wer aus rein parteipolitischen Gründen in die Akademie aufgenommen worden ist.⁸
8. Am 28. Juni 1990 hatte der Tagesspiegel von einer Absprache zwischen dem Berliner Senat und dem Magistrat in Ost-Berlin berichtet, wonach die beiden Wissenschaftsakademien West- und Ost-Berlins aufgelöst würden, um dann eine neue Akademie zu gründen⁹.

Die Alternativen waren damit aufgezeigt. Die beiden Akademien sollten fusioniert werden entweder

1. durch Aufnahme oder
2. durch Neugründung.

II. Fusion durch Aufnahme

Nach meinen Unterlagen trafen sich die beiden Präsidenten am 7. August 1990¹⁰, am 1. November 1990 und am 5. Januar 1991 zu persönlichen Gesprächen über ein gemeinsames Vorgehen mit dem Ziel, die Gelehrtensozietät und die AWB zu fusionieren. Ein weiteres Gespräch war für den 28.9.

- 8 Drei weitere Punkte sind nicht zitiert. Sie sind in diesem Zusammenhang nicht von Belang.
- 9 U.S. (Uwe Schlicht): Bewegung in der Akademiendiskussion, in: Der Tagesspiegel vom 28.6.1990. Siehe auch Tsp.: DDR-Regierung setzt neuen Akademiepräsidenten ein, in: Der Tagesspiegel vom 30.6.1990
- 10 Dieses Gespräch diente nur dem persönlichen Kennenlernen und der gegenseitigen Information über die Lage der Akademien, wie der dpa-Dienst am 20. August zutreffend berichtete.

geplant, wurde dann aber kurzfristig abgesagt. Anfang Juli hatte ich Herrn Klinkmann die Texte des Berliner Errichtungsgesetzes und des Hessischen Gesetz-Entwurfs zugeschickt. Herr Präsident Klinkmann bedankte sich in seinem Brief vom 16. Juli 1990 mit den Worten „Ich sehe hier – genau wie Sie – sehr viel Konsensfähiges und bin gewiß, daß wir eine gute gemeinsame Basis finden werden“. In einer Notiz vom 6.8.1990, die der Vorbereitung auf das Gespräch am 7.8. diente, ist vermerkt, daß „Klinkmann, Riedmüller-Seel und Kremendahl übereinstimmend der Auffassung sind, die Gelehrtensocietät solle weitergeführt werden. Daran hängt Vermögen und Besitz“. Der dpa-Dienst für Kulturpolitik berichtete am 20. August 1990¹¹: „Unterdessen haben die Akademie der Wissenschaften in West-Berlin und im Osten der Stadt Kontakte über ein mögliches Zusammengehen der Einrichtungen aufgenommen. Der neue Präsident der DDR-Akademie, Horst Klinkmann, und sein West-Berliner Kollege Horst Albach wollen gemeinsame Perspektiven für die beiden von der Auflösung bedrohten Einrichtungen entwickeln. Bei dem ersten Treffen berichtete Horst Klinkmann über die wirtschaftliche Situation der DDR-Akademien und sprach besorgt über die beruflichen Zukunftsprobleme der rund 24.000 Beschäftigten“.

1. Aufnehmender Partner: Die „Leibniz-Akademie“

Bei einer Fusion durch Aufnahme entsteht stets das Problem: Wer ist der aufnehmende Partner, wer ist der aufgenommene? Zunächst sah es wohl so aus, daß die Gelehrtensocietät die AWB aufnehmen wolle. Uwe Schlicht berichtete am 4. Oktober 1990, Horst Klinkmann habe gesagt: „Wir haben mit Präsident Albach von der West-Berliner Akademie der Wissenschaften den ideellen Konsens, daß Berlin mit Brandenburg zusammen den moralischen Anspruch auf die Nachfolge der Leibnizschen Akademie hat“. Klinkmann leitete diese Variante einer Fusion aus seiner Rechtsauffassung ab, daß die Akademie der Wissenschaften der DDR in der Rechtsnachfolge der Leibnizschen Akademie stehe¹². Zu diesem Zeitpunkt hatte Albach noch kein Gespräch mit Horst Klinkmann über eine „gemeinsame Akademie“ geführt¹³. Er legte seine Version einer Fusion aber schon als eine Alternative dar. Ihm erschien eine Aufnahme durch die „Leibniz-Akademie“ unvorstellbar. Die Mitglieder der bisherigen West-Berliner Akademie würden es nicht akzeptieren, „in eine Akademie aufgenommen zu werden, die weitgehend von Wis-

11 dpa-Dienst für Kulturpolitik 34/90 vom 20. August 1990, S. 18

12 Vgl. hierzu auch Ronzheimer, Manfred: Von der Gelehrtensocietät zum Privatunternehmen, in: Deutsche Universitäts-Zeitung 19/1990 vom 1.10.1990, S. 28 f.

13 Das berichtet zutreffend auch Uwe Schlicht, a.a.O.

senschaftlern aus der ehemaligen DDR bestimmt würde“. Mir schwebte ein Merger among Equals vor. Aus meiner Kenntnis von Fusionen in der Industrie wusste ich, daß nur solche Fusionen unabhängig davon, wer der aufnehmende Partner ist, Aussicht auf dauerhaften Erfolg haben.

2. *Aufnehmender Partner: Die Akademie der Wissenschaften zu Berlin*

Am 5. Januar fand das zweite ausführliche Gespräch zwischen Horst Klinkmann und Horst Albach statt. Die Lage schien sich durch die Wahl zum Berliner Abgeordneten-Haus Anfang Dezember grundsätzlich geändert zu haben. Eberhard Diepgen war zum Regierenden Bürgermeister gewählt worden. Klaus Hemmo fragte Horst Klinkmann daher auch klar: „Nun gibt es aber im Westteil Berlins und in den alten Bundesländern Stimmen, die sagen, der würdigere, weil nicht belastete Rechtsnachfolger für die Leibniz-Akademie sei die West-berliner Akademie, obwohl sie erst vor einigen Jahren gegründet wurde. Diese Stimmen haben nun wieder an Gewicht gewonnen, da nach den Wahlen die neue Landesregierung von Berlin den Beschluß des bisherigen Senats, die Westberliner Akademie aufzulösen, möglicherweise bald rückgängig machen könnte“. Klinkmann glaubte in diesem Interview dennoch seine Ansicht vom Fortbestehen der alten DDR-Akademie verteidigen zu können und berief sich dabei auf „sehr konstruktive Gespräche mit den „anderen deutschen Akademien in den alten Bundesländern über die Neugestaltung der Gelehrtengesellschaft“¹⁴

Mit Schreiben vom 3. Dezember 1990, also einen Tag nach der Berliner Wahl, hatte die noch amtierende Senatorin für Wissenschaft und Forschung, Frau Professor Dr. Barbara Riedmüller, die beiden Präsidenten der Berliner Akademien sowie neun weitere Persönlichkeiten, darunter zwei weitere aus der AWB, gebeten, „einen Vorschlag zur Errichtung einer Akademie der Wissenschaften in Berlin zu erarbeiten. Diese Akademie soll die Tradition der Preußischen Akademie der Wissenschaften fortsetzen“. Einen Tag vor der Berliner Wahl hatten Rat und Versammlung der AWB folgenden Beschluß gefaßt: „Rat und Versammlung der Akademie haben sich eingehend mit der Lage in Berlin beschäftigt, die nach dem 9. November eingetreten ist. Sie erwarten, daß auch der Senat von Berlin der neuen Lage Rechnung trägt und das Auflösungsgesetz zurückzieht. Rat und Versammlung nehmen die Erklärung des Präsidenten entgegen, daß er dem hessischen Minister für Wissenschaft und Kunst mitteilen wird: Die Änderungsvorschläge der hessischen

14 Hemmo, Klaus: Untermieter im eigenen Hause? In: Märkische Allgemeine vom 21. Dezember 1990

Fraktionen zum Akademiegesetz konnten am 1. Dezember vom Rat nicht abschließend behandelt werden. Insbesondere die Einschränkung des Kooptationsrechts erfordert eine eingehende rechtliche Prüfung und weitergehende wissenschaftspolitische Überlegungen. Eine Entscheidung wird erst auf einer außerordentlichen Sitzung des Rates erfolgen können. Diese Entscheidung wird sicher auch davon beeinflusst werden, ob diese Änderungsvorschläge den breiten parlamentarischen Konsens finden, den der Rat nach wie vor erwartet“. Am 7. Dezember 1990 tagte der Rat der AWB und faßte folgenden Beschluß: „Der Rat der Akademie der Wissenschaften zu Berlin hat in seiner Sitzung vom 7. Dezember 1990 bekräftigt, daß er gegen das verfassungswidrige Auflösungs-gesetz beim Bundesverfassungsgericht vorgeht. Ungeachtet dessen besteht der Rat der Akademie darauf, daß das neue Abgeordnetenhaus von Berlin das Auflösungs-gesetz aufhebt. Der Rat der Akademie und alle Mitglieder der Akademie wissen sich nach ihrem gesetzlichen Auftrag verpflichtet und sind bereit, an der Lösung der anstehenden Fragen einer einzigen Akademie in Berlin mitzuwirken. Der Rat der Akademie beauftragt den Präsidenten, mit den zuständigen Instanzen umgehend entsprechende Gespräche zu führen. Dabei soll maßgebend sein, daß die Prinzipien und die Grundordnung der Arbeit in der Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kern unverzichtbar sind“.

Warum meinten die Mitglieder der AWB, allen Grund für die Erwartung zu haben, aufnehmender Partner in der Fusion der beiden Akademien zu werden? Die Antwort auf diese Frage ergibt sich aus dem Briefwechsel, den der Präsident der AWB seinerzeit führte. Aus diesem Briefwechsel sei auszugsweise zitiert. Am 6.12. schrieb der Präsident an den Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin: „Lieber Herr Diepgen, ... Ich gehe mit dem Rat der Akademie der Wissenschaften davon aus, daß die Vorstellungen von Herrn Momper über eine neue Akademie in Berlin nach Ihrem Wahlerfolg hinfällig geworden sind. Wenn das Auflösungs-gesetz, wie Sie mir ja gesagt und auch öffentlich angekündigt haben, kassiert wird, dann besteht eine Akademie der Wissenschaften zu Berlin, und es ist sicher sinnvoll, daß diese Akademie die Aufgabe wissenschaftsimmanent löst, die Arbeiten der inzwischen aufgelösten Akademie der Wissenschaften der DDR, die im Rahmen einer Akademie fortgeführt werden sollen und können, zu planen und zu übernehmen, und daß auch die personellen Fragen, die sich ergeben, weil ja auch keine Gelehrtengesellschaft im Rechtssinne mehr existiert, zu lösen. Bei der Beantwortung dieser Fragen wird sich sicher auch die Frage stellen, ob die Strukturen, die das dann wieder bestehende Akademiegesetz der

Akademie der Wissenschaften gibt, einer gesetzlichen Novellierung bedarf oder ob es sich um eine Frage der Satzung handelt. Es könnte sich auch die Frage nach der Namensgebung stellen, denn schon bei unserer Gründung im Jahre 1987 haben wir ja ideell an die Tradition der Preußischen Akademie angeknüpft, indem wir auf den Leibniz'schen Grundsatz ‚*theoria cum praxi*‘ ausdrücklich hingewiesen haben und auch engen Kontakt mit dem Treuhänder der Preußischen Akademie der Wissenschaften gepflogen haben. Es erschien uns aber aus politischen Gründen nicht opportun, auf Konfliktkurs mit der Akademie im anderen Teil der Stadt zu gehen, obwohl die Akademie der Wissenschaften der DDR bei ihrer Gründung im Jahre 1949 ja ausdrücklich nicht an preußische Traditionen anknüpfen wollte und dies auch hinsichtlich der Mitglieder der alten Preußischen Akademie bzw. der Deutschen Akademie nie zum Ausdruck gebracht hat. ...“

Am 14. Dezember 1990 schrieb der Präsident der AWB einen weiteren Brief an Herrn Diepgen: „Unmögliches wird sofort erledigt, Wunder dauern etwas länger“ – heißt der bekannte Spruch in Amtsstuben. Sie hatten von mir nur Unmögliches erbeten. Daher habe ich mich mit Herrn Holl (Generalsekretär der AWB, Anm. d. Verf.) sofort daran gesetzt, das Gesetz, mit dem unser Akademiegesetz zu novellieren wäre, zu formulieren. Sie erhalten in der Anlage ein Papier, das besteht aus:¹⁵

- a) Präambel mit einigen einleitenden Gesichtspunkten,
- b) Grundsätzen der Novellierung,
- c) Gesetzentwurf
- d) Gedanken für einen möglichen Zeitplan zur Umsetzung

Dieses Papier, insbesondere der Gesetzestext, unterstellt, daß uns vom Bundesverfassungsgericht Einstweiliger Rechtsschutz gewährt wird. Im anderen Fall müssen die Übergangsvorschriften (§ 18) anders geregelt werden.“

Der Gesetzentwurf ist im Jahrbuch der Akademie für die Jahre 1990 bis 1992 abgedruckt. Am 6. Februar informierte Albach Herrn Carsten Kreklau, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V., der am Stand der Arbeiten zur Technikfolgeschätzung interessiert war, davon, daß die Grundsätze der Novellierung des Akademiegesetzes und der Entwurf des Novellierungsgesetzes „nun von der Planungsgruppe, die Herr Senator Erhardt einberufen will, verabschiedet werden (müssen)“.

15 Vgl. Gesetzentwurf für eine neue „Akademie der Wissenschaften zu Berlin“, in: Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Jahrbuch 1990 – 1992, Berlin – New York 1993, S. 257–264

Am 1. Februar und am 7. Februar führte der Vorstand der Akademie Gespräche mit dem neuen Senator für Wissenschaft und Forschung, Herrn Professor Dr. Manfred Erhardt. Die Herren waren in der Erwartung gekommen, der Senator werde ihnen die Aufhebung des Auflösungsgesetzes verkünden und mit ihnen Fragen des Novellierungsgesetzes, das ihm vorlag, besprechen. Zu ihrer maßlosen Überraschung mussten sie feststellen, daß der Senator eine Fusion durch Neugründung anstrebte. Mit Schreiben vom 12. Februar 1991 teilte der Präsident der AWB dem Senator mit, die Mitglieder der Akademie seien der Meinung, „daß die Interpretation, die Herr Diepgen dem Präsidenten unmittelbar nach dem Abschluß der Koalitionsvereinbarung übermittelt und die er dann auch öffentlich abgegeben hat, sich nicht deckt mit der Interpretation, die Sie mir bei unseren Gesprächen gegeben haben. ... Herr Diepgen hatte mich vor den Koalitionsverhandlungen über den Bereich Wissenschaft kurzfristig gebeten, ihm einen Gesetzentwurf für eine neue Akademie zu schicken. Den Gesetzentwurf habe ich nun entsprechend den veränderten rechtlichen Gegebenheiten im Sinne eines Fortführungsmodells verändert. Ich darf Ihnen diesen Gesetzentwurf in der Anlage überreichen. Dem Protokoll der Sitzung der Gelehrten-gesellschaft vom 28.12. 1990 entnehme ich, daß ein solcher Gesetzentwurf auch für Mitglieder der Gelehrten-gesellschaft konsensfähig sein könnte“. In dem Schreiben vom 12. Februar an Herrn Diepgen, mit dem Albach ihm den neuerlichen Gesetzentwurf übermittelte, heißt es ergänzend: „Über die Grundzüge dieses Gesetzentwurfs habe ich auch sehr ausführlich mit Herrn Professor Klinkmann gesprochen. Ich halte für denkbar, daß ein solcher Gesetzentwurf konsensfähig sein könnte“.

III. Fusion durch Neugründung

Herr Senator Erhardt blieb bei seiner Interpretation der Koalitionsvereinbarung und bei seinem Modell einer Fusion durch Neugründung. Entsprechend setzte er den Termin für die konstituierende Sitzung der von Frau Riedmüller-Seel etablierten Planungsgruppe auf den 26. Februar an. Damit war die Auflösung beider Akademien beschlossene Sache. Die Planungsgruppe sollte die Neugründung einer Akademie in Berlin und den Neuen Bundesländern vorbereiten.

Mit Schreiben vom 22. Februar 1991 teilte Horst Albach dem Senator mit: „Wie Sie wissen, hat mich der Rat der Akademie der Wissenschaften zu Berlin gebeten, die offenbare Diskrepanz zwischen der Interpretation des Koalitionsbeschlusses, die mir Herr Diepgen unmittelbar nach dem Abschluß der Koalitionsvereinbarung gegeben hat, und Ihrer Interpretation zu klären, ehe

ich an Sitzungen der Planungsgruppe teilnehme. Ich habe Herrn Diepgen unmittelbar nach diesen Beschlüssen um ein Gespräch mit Ihnen und mir gebeten. Dieses Gespräch hat noch nicht stattfinden können. Auch das Gespräch, das Herr Diepgen, wie er mir sagte, unmittelbar mit Ihnen führen wollte, hat nach meinen Informationen noch nicht stattfinden können. Ich habe meine Entscheidung, vor dem Gespräch mit Herrn Diepgen und Ihnen nicht an Sitzungen der Planungsgruppe teilzunehmen, auch mit Mitgliedern der Allianz besprochen und Zustimmung und Verständnis festgestellt“. Herr Erhardt beantwortete dieses Schreiben am 26. Februar. Er bezichtigte mich darin einer Verletzung der Vertraulichkeit und sogar der Lüge: „Lassen Sie mich abschließend noch mein Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß Sie Ihre Entscheidung, nicht an der konstituierenden Sitzung der Planungsgruppe teilzunehmen, parallel zu Ihrem Schreiben an mich der Presse zur Kenntnis gebracht haben und daß Sie eine – wie ich inzwischen positiv weiß – nicht vorhandene Zustimmung der „Allianz“ zu Ihrem Vorgehen unterstellt haben“. Von einer Zustimmung „der Allianz“ hatte ich gar nicht gesprochen, sondern von „Mitgliedern der Allianz“. Es war ein Mitglied, mit dem ich die entsprechende Stelle „wörtlich abgestimmt“ hatte, wie der Präsident der AWB in seinem Antwortschreiben vom selben Tage an den Senator feststellte. Mit klaren Worten wurde darin auch die Kritik des Senators an seiner Pressarbeit zurückgewiesen. Es heißt dort: „Journalisten pflegen sich nach einer Ratssitzung über die dort gefassten Beschlüsse zu informieren. Es entspricht ständiger Gepflogenheit in der Akademie, dieses Auskunftsbegehren zu befriedigen. Es gab keine Veranlassung, davon nach der letzten Ratssitzung abzugehen“. Der Senator meinte ferner, in seinem Antwortbrief feststellen zu müssen: „Um es offen zu sagen: Ich habe für diese Absage kein Verständnis, zumal wir bereits zweimal Gelegenheit hatten, die Vorgehensweise eingehend miteinander zu besprechen“. Die folgenden Ausführungen in dem Antwortschreiben des Senators ließen erkennen, daß der Senator in der Tat nichts verstanden hatte: Daß der Dissens in dem Unterschied zwischen einer Fusion durch Aufnahme und der Fusion durch Neugründung liegen könne, war ihm ganz offenbar nicht aufgegangen. Daß dieser Unterschied aber entscheidend sein könnte in einem Zeitpunkt, in dem das Bundesverfassungsgericht über die Klage der Akademie der Wissenschaften zu Berlin noch nicht entschieden hatte, in einem Zeitpunkt, in dem Rechtsgutachten die Verfassungswidrigkeit des Auflösungsgesetzes der Akademie festgestellt und die Berliner CDU selbst das Auflösungsgesetz als verfassungswidrig bezeichnet und Herr Wohlrabe als Präsident des Abgeordnetenhauses das Gesetz erst nach dreima-

ligem Zögern ausgefertigt hatte, das war Herrn Erhardt offenbar nicht klar. Er stellte in seiner Antwort schlicht und ergreifend fest: „Rechtslage ist, daß die Akademie durch Gesetz vom 17.7.1990 aufgelöst worden ist“. Er glaubte offensichtlich, daß der Präsident einer Akademie, deren Mitglieder darauf bestanden, daß sie als unabhängige Wissenschaftler berufen worden seien, das Auflösungsgesetz anerkennen und bei der Neugründung einer Akademie in Berlin mitwirken könne. In einem erneuten Antwortschreiben vom 26. Februar 1991 wurde daher noch einmal ausdrücklich auf den Dissens hingewiesen: „Ich hatte Ihnen bei unserem ersten Gespräch gesagt, daß ich nur als ehemaliger Präsident der Akademie der Wissenschaften zu Berlin an der Planungsgruppe teilnehmen würde. Ich bin deshalb in meinen Entscheidungen über die Mitwirkung in dieser Gruppe nicht frei. Ich habe mich an die Beschlüsse des Rates der Akademie zu halten. ... Keines der Ratsmitglieder versagt sich einem Weg, der Aussicht auf *Fortführung* der erfolgreichen Arbeit der Akademie bietet, wie sie die Koalitionsvereinbarung zu eröffnen schien“. Damit war die Rechtsposition der AWB noch einmal deutlich unterstrichen: Ihr Präsident würde an der „*Fortführung* der erfolgreichen Arbeit der Akademie als ehemaliger Präsident der Akademie der Wissenschaften mitwirken“, nicht jedoch als ehemaliges Mitglied einer inzwischen aufgelösten Akademie, und nicht als ein Mitglied mit der Pflicht, einen neuen Präsidenten zu wählen, obwohl seine Amtszeit als Präsident der AWB nach Auffassung des Rates der Akademie noch nicht abgelaufen war. Leider hatte Senator Erhardt keine Zeit gefunden, nach seinem Amtsantritt zunächst ein Informationsgespräch mit dem Vorstand der Akademie über die Rechtsauffassung der Akademie zu führen, sondern ihn mit der Feststellung überrascht, er werde das Auflösungsgesetz nicht antasten.

Am 27. Februar 1991, also am Tage nach der ersten Sitzung der Planungsgruppe, an der Horst Klinkmann teilnahm, hat Horst Albach dem Regierenden Bürgermeister die Position des Rates der Akademie in einem Schreiben dargelegt: „Mir liegt sehr daran, daß Sie meine Entscheidung, in der Planungsgruppe für eine neue Akademie nicht mitzuwirken, verstehen. Der Rat der Akademie hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, ich möge mich an den Arbeiten dieser Planungsgruppe nicht beteiligen, solange der offenbare Unterschied in der Interpretation der Koalitionsvereinbarung zwischen Ihnen und Herrn Erhardt nicht geklärt sei. Ich hatte Sie bei Ihrem telefonischen Anruf unmittelbar nach der Koalitionsvereinbarung so verstanden, daß in den Koalitionsvereinbarungen ein „Modell der faktischen Kontinuität“ entwickelt worden war. Unmittelbar anschließende Gespräche von

Mitgliedern der Akademie mit anderen Verhandlungsführern auch in der SPD hatten dies bestätigt. Deshalb kam für die Akademie das Festhalten an der Planungsgruppe und der neuformulierte Auftrag an die Planungsgruppe, der auf einem „Modell der Diskontinuität“ beruht, außerordentlich überraschend.

Nach den ersten Festlegungen der Planungsgruppe am gestrigen Tage muß mit folgender Situation gerechnet werden: Soweit Mitglieder unserer Akademie durch das von Herrn Senator Erhardt geplante Berufungsgremium (das nicht identisch ist mit der Planungsgruppe) in die neue Akademie berufen werden, sind sie in einer schwierigen Situation. Sie können ja das Ende ihrer Mitgliedschaft durch ein nach unserer aller Ansicht verfassungswidriges Gesetz nicht dadurch hinnehmen, daß sie die Berufung in eine neue Berliner Akademie annehmen, jedenfalls nicht vor dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts. Sie sind ja bereits Mitglieder der Berliner Akademie. Wenn sie aber die Berufung in die neue Akademie unter Hinweis auf die bestehende Mitgliedschaft nicht annehmen, wird die neue Akademie vorwiegend aus Mitgliedern der alten DDR-Akademie bestehen. Werden dagegen Mitglieder der Akademie von dem Berufungsgremium nicht in die neue Akademie berufen, ergibt sich eine doppelt schwierige Situation: die nicht Berufenen werden politisch abgestempelt, und die Berufenen sollen hinnehmen, daß einige Mitglieder unserer Akademie doch seinerzeit in einem parteipolitisch gefärbten Berufungsverfahren ausgewählt worden seien. All das sind unakzeptable Vorstellungen. ...

Es kann aber auch für die CDU nicht hinnehmbar sein, daß das damalige Aufnahmeverfahren damit tatsächlich als ein wissenschaftlich nicht legitimes Verfahren bezeichnet werden würde, als ein den SED-Berufungen völlig äquivalentes „NOFU-Berufungsverfahren“, wie es Herr Professor Wesel in der „Berliner Stimme“ getan hat.

Durch das Kontinuitätsmodell, das die Koalitionsparteien vereinbart hatten, wenn ich Sie, aber auch Frau Riedmüller, richtig verstanden hatte, wäre diese missliche Lage vermieden worden, und wir hätten auch das Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht vor dem Richterspruch beenden können.“

Albach hat folglich auch die Berufung in die neue Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften abgelehnt. In einem Brief vom 15. Januar 1993 an Jürgen Kocka wurde das so begründet: „Für mich war entscheidend, daß in der Anhörung zu dem Staatsvertrag Herr Vizepräsident Väh namens der Berliner Hochschulrektorenkonferenz den ausdrücklichen Wunsch geäußert hat, auch hinsichtlich der Westberliner Akademie der Wissenschaften einen personellen Neuanfang zu machen. Ich will mit meiner Entscheidung vermeiden, daß die Berufung des ehemaligen Präsidenten der

Westberliner Akademie plötzlich von der Berliner Hochschulkonferenz als ein Geburtsfehler der neuen Akademie bezeichnet werden könnte (dieser Vorwurf war der aufgelösten Akademie der Wissenschaften zu Berlin von einigen Kritikern ohne jede empirische Basis für diese Behauptung gemacht worden). An einer Belastung des Verhältnisses zwischen der neuen Akademie und den Berliner Hochschulen kann keinem gelegen sein. Es kommt nun nach Kenntnis der Liste der zur Berufung Vorgeschlagenen hinzu, daß von den zehn Berlinern, die der Westberliner Akademie angehört haben, vier nicht zur Berufung vorgeschlagen worden sind. Wenn der Kapitän eines Schiffes als Letzter von Bord geht, dann folgt daraus, daß er, wenn er nicht in der Zwischenzeit ertrunken ist, bestenfalls als Letzter an Bord eines neuen Schiffes geht“.

C. Die Person

Warum hat die Westberliner Akademie, warum hat ihr Präsident vertrauensvoll mit Horst Klinkmann verhandelt? Wir kannten die Vorwürfe, die gegen die Person Klinkmann erhoben wurden. Bereits im Mai 1990 erfuhr ich aus einem Schreiben eines Kollegen: „Professor Klinkmann gilt als ein hervorragender Wissenschaftsorganisator. Er hat in Rostock unter sehr schwierigen Verhältnissen das wichtigste Zentrum der DDR für Dialyse (künstliche Niere) und Nierentransplantation aufgebaut. Wissenschaftliche Arbeiten, die durch *neue* originelle Ideen, Methoden und Ergebnisse Beachtung und internationale Anerkennung gefunden haben, liegen jedoch länger zurück. Ihm war als treuem Systemanhänger und Parteimitglied schon früh Gelegenheit zu einem längeren Studienaufenthalt in den USA gegeben worden. Er und seine Arbeitsgruppe haben vor allem auf dem Gebiet die Biokompatibilität von (Dialyse)-Membranen gearbeitet und daher gute Beziehungen zu westlichen Firmen gepflegt, mit den Konsequenzen des Zugangs zu westlicher Technologie und finanziellen Mitteln. Professor Klinkmann hatte ein entscheidendes Mitspracherecht über die Zugehörigkeit von Wissenschaftlern zum „Reisekader“ der damaligen DDR. Er hat dieses Recht nach Angaben jüngerer Wissenschaftler der DDR eher restriktiv als großzügig ausgeübt.

Professor Klinkmann stand bei den früheren Spitzenfunktionären der DDR wegen seiner Arbeit in der Wissenschaftsorganisation und seiner ärztlichen Tätigkeit in höchstem Ansehen. Sein Informationsvorsprung und seine hohe Intelligenz haben ihm innerhalb der DDR eine höchst einflussreiche Position verschafft.“

Darin hat der Rat der AWB kein Hindernis für die Aufnahme von Fusionsverhandlungen gesehen. Beide Präsidenten hatten ein klares Ziel: die Wiedervereinigung auf dem Gebiet der beiden Berliner Akademien zu einem Erfolg zu führen. Ich glaubte nach den Verhandlungen mit Herrn Klinkmann Anlaß zu der optimistischen Prognose zu haben, daß er die „Selbstreinigung“ innerhalb der Gelehrtensocietät schaffen würde. Daß er glaubte, seine Rechtsauffassung von einer Kontinuität seiner Akademie durchsetzen zu können, machte ihn zu einem berechenbaren Gesprächspartner. Das war ja auch sein Auftrag. Daß ich sicher war, bei der Fusion durch Aufnahme der aufnehmende Partner zu sein, lag an unserem Vertrauen in die politischen Kräfte, die uns in unserem Kampf gegen das Auflösungsgesetz unterstützt hatten. Daß Horst Klinkmann schließlich eine Fusion durch Aufnahme der Gelehrtensocietät in die Westberliner Akademie zu akzeptieren schien, ließ sich aus seiner „Einsicht in die Notwendigkeit“ verstehen. Er hat letztendlich in der Planungskommission bis zuletzt für seine Auffassungen gekämpft. Daß schließlich aus unser beider ernsthaften und wissenschaftlich erfolgreichen Bemühungen eine „Komödie der Irrungen und Wirrungen“ wurde, haben wir wohl beide nicht vorausgesehen und nicht zu vertreten. In der neuen Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften wurden die Forschungsprojekte der AWB zu Ende geführt. Die neue Akademie führt die wissenschaftlich bedeutenden Langzeitvorhaben der ADW fort. Die neue Berliner Akademie ist in den Kreis der deutschen Akademien der Wissenschaft aufgenommen. *Tout est au mieux dan le meilleur des mondes possibles.*

Ich selbst habe die Diskussionen und Verhandlungen mit Horst Klinkmann in guter Erinnerung. Ich habe ihn kennen gelernt als einen anregenden, zielorientierten Intellektuellen, der mit einem feinen Gefühl für Macht ausgestattet war und dieses auch einsetzte, wenn es galt, seine wissenschaftlichen Ziele zu erreichen. Die Erklärung, die er mir für sein Wort vor Funktionären über die Kongenialität von sozialistischem Menschen und sozialistischer Medizin gegeben hat, ist unvergessen. Wie tief muß ein Intellektueller ein System und seine Funktionäre verachten, wenn er weiß, daß sie auf solche Sprüche wie erhofft reagieren! Unsere Gespräche waren jedenfalls nicht geprägt von der Sorge, vom Partner „über den Tisch gezogen zu werden“, wie es in einer Protokollnotiz der Akademie der Wissenschaften der DDR heißt. Sie waren vielmehr geprägt von dem großen Glücksgefühl über die gelungene Wiedervereinigung und von dem Willen, auch in der Wissenschaft gemeinsam „blühende Landschaften“ zu schaffen und nicht Steinbrüche. Die Wiedervereinigung Deutschlands hat mit Herrn Klinkmann und mir zwei Menschen an einen

Tisch – manchmal einen Verhandlungstisch, manchmal einen Tisch in einem guten Restaurant – gebracht, die versuchten, eine neue Heimat für eine gemeinsame Akademie der Wissenschaften in Berlin zu finden. Vielleicht haben wir uns deshalb so gut verstanden, weil wir beide tiefe Wurzeln in der Heimat haben: Horst Klinkmann in Mecklenburg, ich in Hessen. Ich entsinne mich an die Gespräche mit Horst Klinkmann, in denen seine tiefe Verbundenheit mit Mecklenburg zum Ausdruck kam, mit besonderer Freude. Ich danke Horst Klinkmann für die Erfahrungen, die ich in dieser Zeit gemacht habe, und ich gratuliere ihm herzlich zu seinem Geburtstag.

Literatur

- Akademie der Wissenschaften zu Berlin (Hrsg.): Jahrbuch 1988, Berlin 1989
Akademie der Wissenschaften zu Berlin (Hrsg.): Jahrbuch 1990–1992, Berlin – New York 1993
- Dürkop, Marlis; Schramm, Hilde, et al: (Hrsg.): Abgesang auf die Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Eigenverlag Berlin, April 1989
- Ferraris, Graf Luigi Vittorio: Wenn schon, denn schon – Aber ohne Hysterie. An meine deutschen Freunde. München 1988
- Findeisen, Ursula; Keusch, Ronald; Korbmann, Reiner: Das hohe Risiko der neuen Freiheit. Ein Gespräch mit Prof. Horst Klinkmann, in: Bild der Wissenschaft 8/1990, S. 96–98
- Hemmo, Klaus: Untermieter im eigenen Hause? In: Märkische Allgemeine vom 21. Dezember 1990
- Jahrbuch 1990/91 der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Koordinierungs- und Abwicklungsstelle für die Institute und Einrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR (KAI–AdW), Berlin 1994
- Kocka, Jürgen; mit Nötzoldt, Peter; Walther, Peter Th.(Hrsg.): Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990, Berlin 2002
- Ibn/BM: Akademien in Ost und West planen Fusion, in: Berliner Morgenpost, 24.5.1990
- N.N.: Alte Pfründe zertrümmern, in: Berliner Stimme, 9.2.1991
- N.N.: Heiße Kartoffel, in: Der Spiegel, 45. Jahrgang, Nr. 2 vom 7. Januar 1991
- N.N.: Im Mittelmaß Weltspitze, in: Der Spiegel, 44. Jahrgang, Nr. 30 vom 23. Juli 1990
- Ronzheimer, Manfred: Von der Gelehrtensozietät zum Privatunternehmen, in: Deutsche Universitäts-Zeitung 19/1990 vom 1.10.1990
- Schlicht, Uwe: Selbstreform oder Neugründung, in: Der Tagesspiegel vom 4. 10. 1990
- Schlicht, Uwe: Bewegung in der Akademediskussion, in: Der Tagesspiegel vom 28.6.1990

Straub, Eberhard: Preußens Hauptstadt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.8.1990, S. 23

DDR-Regierung setzt neuen Akademiepräsidenten ein, in: Der Tagesspiegel vom 30.6.1990

Wesel, Uwe: Alte Pfründe zertrümmern, in: Berliner Stimme vom 9.2.1991